

Die Ausstellung „**Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt**“ ist im Jahr 2021 als Kooperationsprojekt der Gedenkstätten Moritzplatz Magdeburg, ROTER OCHSE Halle (Saale) und Deutsche Teilung Marienborn dank finanzieller Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt erarbeitet worden. Seit dem gleichen Jahr wird die Ausstellung in Gedenkstätten, in Justizbehörden und anderen Einrichtungen präsentiert.

Bei jeder Präsentation erfährt die Ausstellung eine Erweiterung um auf den jeweiligen Ort zugeschnittene Inhalte. Nicht nur über die biographischen Fallbeispiele bietet sie lokalhistorische Bezüge für sämtliche Regionen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, sondern auch darüber hinaus.

Die Präsentation der Ausstellung und ebenso die Durchführung des sich an die Öffentlichkeit sowie an Schulklassen richtenden Begleitprogramms sind ein Kooperationsprojekt des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Die wissenschaftliche Leitung liegt bei der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, unterstützt von der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

Informationen und Kontakt zur Ausleihe der Ausstellung erhalten Sie unter info-moritzplatz@erinnern.org.

Herausgeber:

**Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg**

Umfassungsstraße 76

39124 Magdeburg

Tel.: 0391 244 - 5590

Mail: info-moritzplatz@erinnern.org

und

**Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz
des Landes Sachsen-Anhalt**

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Domplatz 2 – 4

39104 Magdeburg

Tel: 0391 567 -6235, -6230, -6234

Mail: mj.presse@sachsen-anhalt.de

1. Auflage | August 2022

Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN
SACHSEN-ANHALT



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Justiz und Verbraucherschutz

Ein Kooperationsprojekt
der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt
mit dem Ministerium
für Justiz und Verbraucherschutz
des Landes Sachsen-Anhalt



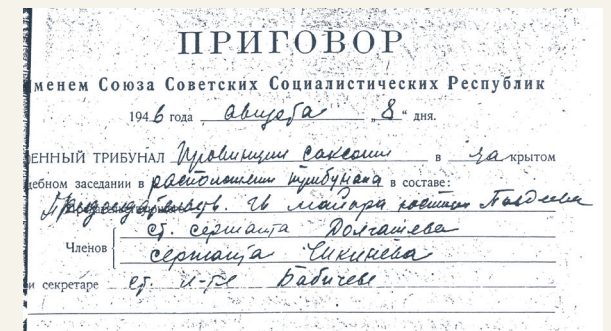
SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

„Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“

Bis 1955 ergingen mehr als 15.000 Urteile „im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ gegen deutsche Zivilisten. Für Sachsen-Anhalt sind mehr als 2.600 dokumentiert, darunter 289 Todesurteile – auch gegen Jugendliche. Grundlage waren zumeist im russischen Strafgesetzbuch definierte „konterrevolutionäre Verbrechen“.

Die Tribunale verhandelten auf Russisch, nicht immer wurde übersetzt. Die Anklagen stützten sich auf oftmals durch Misshandlungen erpresste Geständnisse. In vielen Fällen unterblieb die Prüfung der individuellen Schuld; Entlastungszeugnisse fanden nur selten Berücksichtigung. Ein Teil der Verurteilungen erfolgte allein aufgrund pauschaler, unbewiesener Vorwürfe und traf auch Unschuldige.



Richtete sich die Verfolgung zunächst hauptsächlich gegen tatsächliche und vermeintliche Nationalsozialisten, nahm die Besatzungsmacht ab 1947 vor allem Kritiker und Gegner der am sowjetischen Vorbild orientierten Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Ostdeutschland in den Blick. Wie sie hierbei mit Polizei, Justiz und ab 1950 mit der Staatssicherheit kooperierte, ist ebenfalls Thema dieser Ausstellung.

- ◀ Karte von Sachsen-Anhalt mit sowjetischen Haftorten und den Speziallagern
- ▲ Von NKWD, SMERSCH und MGB betriebene Gefängnisse
- Sowjetische Speziallager (Torgau und Mühlberg)
- ▼ Dienststellen der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft

Eingangsbereich einer Zelle im Keller des Objekts des sowjetischen Geheimdienstes in der hallischen Luisenstraße, Aufnahme 1999
Sammlung Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)



Die Biografien betreffen Männer und Frauen, die unter die Internierungskriterien des Geheimdienstes fielen: als Funktionsträger des NS-Regimes oder der Zugehörigkeit zu „Werwolf“-Gruppen verdächtige Jugendliche, die ohne Urteil über Jahre in sowjetischen Speziallagern wie Torgau und Sachsenhausen festgehalten wurden. Die Haft überlebte mehr als ein Drittel der 120.000 Insassen nicht.

Urteil (Ausschnitt) des Militärtribunals der Provinz Sachsen vom 8. August 1946 ▶
Sammlung Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)

Porträtiert werden ebenso Personen, über die Militärtribunale aufgrund von Vorwürfen wie antisowjetische Propaganda, Betätigung in Untergrundgruppen, Spionage oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit urteilten. Neben Lagerhaft, zumeist zwischen 10 und 25 Jahren, verhängten diese auch Todesurteile. Die sowjetische Besatzungsmacht beanspruchte die Durchführung solcher Strafverfahren für sich und übertrug diese nur in Ausnahmen der deutschen Justiz.



Die Ausstellung „Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt“ thematisiert für die Jahre 1945 bis 1952 das Agieren der sowjetischen Geheimdienste und Militärjustiz. Sie vermittelt die Grundzüge der sowjetischen Besatzungsherrschaft nach Ende des Zweiten Weltkrieges und dokumentiert, gegen welche Personengruppen und zu welchem Zweck die Besatzungsmacht mittels Inhaftierung und militärgerichtlicher Verfahren vorging. Sie stellt Haftorte in der Region sowie Biografien von Menschen vor, die Opfer dieser Verfolgung wurden.